

Debatte um Jugendzentrum

## Bürgermeister fleht: "Fassen Sie sich ein Herz"

WAREN · 29.01.2014

Zwei Ausschüsse der Stadtvertretung haben erneut über das geplante Jugendzentrum in Waren debattiert. Zu Potte sind sie aber erst gekommen, als der Verwaltungschef von einem Anruf des Spenders Jost Reinhold berichtet.



Thomas Beigang

Der neue Warener Bürgermeister Norbert Möller (SPD)

Ein Anruf beim Nordkurier. Der in der Schweiz lebende Jost Reinhold, in der ganzen Region als spendabler Gönner bekannt, ist am Apparat. Der Mann, der vor dreieinhalb Jahren eine Millionenspende für den Bau eines Jugendzentrums überwies, zeigt sich besorgt. Er will von der Zeitung wissen, wie weit denn jetzt die Planungen für das Projekt gediehen sind. Seit September, als er in Waren weilte und zusätzlich eine halbe Million Euro für den Ausbau des Jugendclubs auf dem Warener Papenberg versprach, habe er aus der Verwaltung nichts mehr gehört. Alles, was er weiß, entnimmt er dem Nordkurier. Wir machen ihm Mut. Ein Standort sei (wahrscheinlich) gefunden, der unbefestigte Parkplatz hinter der Stadtverwaltung. Und auch mit der möglichen Betreibung sei man wohl auf einem guten Weg.

Der Nordkurier berichtet Warens Bürgermeister Norbert Möller (SPD) von dem Telefonat. Nicht auszudenken, Jost Reinhold würde wieder, wie schon im Januar 2012 geschehen, die Spende zurückfordern - weil ihm alles viel zu langsam geht. Möller verspricht, sich sofort mit dem fast 85-Jährigen in Verbindung zu setzen.

Hat er auch getan. In der gemeinsamen Sitzung der Stadtvertreter aus dem Kultur- und Bildungsausschuss sowie dem Finanzausschuss berichtet er von dem Anruf, der ihm Sorgen bereitet. Und appelliert an die Abgeordneten: „Bitte machen Sie es möglich, dass wir bald mit dem Bau beginnen können“. Die Kollegen im Stadtentwicklungsausschuss hatten bereits empfohlen, den Parkplatz an der Verwaltung dafür zu nutzen. Dem schlossen sich die Versammelten auch an - nach langer Diskussion.

Aber wer soll künftig das Jugendzentrum unterhalten? Der Chef des Finanzausschusses Ralf Spohr (CDU): „Wenn die Stadt das Jugendzentrum betreibt, muss in künftigen Haushalten mehr Geld als bisher für die Jugendarbeit bereit gelegt sein.“ Dann fällt das Stichwort: Interessenbekundungsverfahren - ein Verfahren zur Markterhebung, ob eine staatliche Leistung nicht auch durch private Anbieter erbracht werden kann. Die Diskussion wogt hin und her. Bis der Bürgermeister fast flehentlich bittet: „Fassen Sie sich ein Herz!“. Das wirkt. Mit großer Mehrheit wird der Stadtvertretung empfohlen, sich diesem Vorschlag anzuschließen.

---